

PRESSEERKLÄRUNG

zum weiteren Vorgehen nach dem Bürgerentscheid Klosterwirt

Am heutigen Sonntag zählen wir den 55. Tag nach Durchführung des Bürgerentscheids zum Klosterwirt in Grafrath.

Da dürfen unsere BürgerInnen schon erwarten, dass der Gemeinderat den Bürgermeister mit der Umsetzung des Beschlusses beauftragt. Er soll unter anderem alternative Lösungsvorschläge für eine reduzierte Fläche mit deutlich sozial ausgerichteter Nutzung einholen.

Die BürgerInnen erwarten zurecht, dass der Gemeinderat nicht nur das Ergebnis des Bürgerentscheids zur Kenntnis nimmt, sondern auch danach handelt.

Dazu diene der Antrag von Klaus Nerlich und weiteren GemeinderatskollegInnen im Gemeinderat. Ein gemeinsamer Neuanfang beim Projekt Klosterwirt über Parteigrenzen hinweg sollte gestartet werden.

Aber nein, statt mit dazu beizutragen, die Gräben der vergangenen Jahre zuzuschütten, werden von CSU und Grafrather Einigkeit (Real-Treuhand- Mehrheit) eher weitere Hindernisse aufgebaut.

Plötzlich werden Äußerungen der Erbgemeinschaft , die sich jahrelang nie in der Öffentlichkeit oder gegenüber dem Bürgermeister geäußert haben, vorgeschoben, um die zukünftigen Aktivitäten zu bremsen. Wir gehen nach wie vor davon aus, dass die Erbgemeinschaft als Grundstücksbesitzer sich auch Ihrer Verantwortung für die Zukunft des Klosterwirt-Areals bewusst ist und sich keiner vernünftigen Lösung verschließen wird, die noch dazu zur Aufwertung ihres Grundstückes führt. Die verkündete Gesprächspause darf den Gemeinderat nicht an seiner Verpflichtung hindern, den mit deutlicher Mehrheit gefassten Beschluss unserer Bürger umzusetzen.

Der Bürgermeister wird aber von der Real-Treuhand-Mehrheit im Gemeinderat - u.E. rechtswidrig - zum Nichthandeln verpflichtet, und die Aktivitäten zur Umsetzung des Bürgerentscheides werden erst mal bis weit in dem Mai hinein hinausgezögert .Dann sind aber schon 5 Monate verstrichen, ohne dass eine einzige Maßnahme weder zur Sicherung des Baubestands Klosterwirt noch zur Erarbeitung besserer Vorschläge ergriffen wurde.

Bürger fragen uns, ob die Real-Treuhand -Mehrheit somit bewusst in Kauf nimmt, dass der Klosterwirt weiter verfällt.

Schlimmer noch, die Real-Treuhand-Mehrheit schwadroniert in aller Öffentlichkeit darüber, dass die Grundstücksbesitzer den Klosterwirt abreißen könnten, obwohl niemand - schon gar nicht die Grundstücksbesitzer - dies jemals geäußert hat.

Es erhärtet sich für uns der Verdacht, dass die Real-Treuhand -Mehrheit im Gemeinderat weiterhin auf das abgelehnte Konzept der Real-Treuhand baut, sodass spätestens in einem Jahr nach Auslaufen der Bindungswirkung des Bürgerentscheides so weiter gemacht werden kann wie bisher.

Der Investor kündigt zwar seinen Rückzug an, doch noch immer weht die Fahne der Real-Treuhand neben dem Klosterwirt und bildet einen eher traurigen Anblick.

Wir gewählten Gemeinderats-Mitglieder , die für eine bessere Lösung kämpfen, sehen es als unsere Verpflichtung an, jetzt zu handeln und werden deshalb demnächst zusammen mit interessierten BürgerInnen an Ideen und Vorschlägen zur Wiederbelebung des Klosterwirts arbeiten.

Parallel dazu werden wir alle Möglichkeiten nutzen, mit dem vom Gemeinderat beschlossenen Arbeitskreis zügig über weitere Schritte zur Umsetzung des Bürgerentscheides zu beraten, auch wenn die Gemeinderatsmehrheit dem Arbeitskreis die erforderlichen Kompetenzen verweigert hat.

Der Bürgerentscheid hat uns klare Vorgaben formuliert:

Die Real-Treuhand Bebauungsplanung ist zu stoppen, und stattdessen sollen alternative Lösungsvorschläge gesucht werden. Diese großzügige Formulierung ermöglicht es sowohl den Grundstücksbesitzern, interessierten Investoren als auch Planern und insbesondere der Bürgerschaft, bessere Lösungen vorzuschlagen.

Das zukünftige Baugebiet ist umrissen und entspricht in etwa dem Klosterwirt-Areal (Klosterwirt, Stadel und ehemaliger Wirtsgarten) mit angrenzendem ehemaligen Tennisplatz.

Die Nutzung soll ortsplanerisch verträglich und deutlich sozial ausgerichtet sein.

Deutlich sozial ausgerichtet, darunter verstehen wir z.B.:

- günstigen Wohnraum schaffen für Einkommens-schwache Familien.

- soziale Einrichtungen, die Kindern und älteren Menschen zu Gute kommen, wie z. B. eine Sozialstation

Auch wenn diese Ziele des Bürgerbegehrens den Gemeinderatsmitgliedern von CSU und Einigkeit widerstreben sollten, so sind sie doch dazu verpflichtet, diese weiterzuverfolgen und nicht zu torpedieren.

Wir stehen zu einer konstruktiven Zusammenarbeit gerne zur Verfügung.

Dr. Hartwig Hagenguth

Roger Struzena

Klaus Nerlich

Dietlind Hagenguth

Marion Kapsch

Burkhard von Hoyer

Bürger für Grafrath

Bündnis 90/Die Grünen

SPD